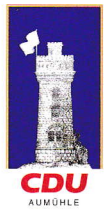




Freie  
Demokraten

Ortsverband  
Aumühle **FDP**



## Aufklären und nach vorne sehen.

Ungläubig stellten Spaziergänger\*innen, Anwohner\*innen und andere durch laute Säge- und Fäll-Geräusche fest, dass rund um die Schule ein regelrechter Kahlschlag erfolgt war. Eine großflächige Rodung, die auch vor dem Schulwald nicht Halt machte. Das rief bei Aumühler Bürgerinnen und Bürgern sowie den Mitgliedern der Gemeindevertretung Fragen, Unmut und Unverständnis hervor. Auch die Presse reagierte mit entsprechender Berichterstattung. Der Bürgermeister hat gemeinsam mit den Gemeindevertretern aller Fraktionen unverzüglich die Klärung des Sachverhaltes in die Wege geleitet.

Rechtsgrundlage der Fällarbeiten ist der von der Gemeindevertretung beschlossene B-Plan 11 b. Dieser sieht das Fällen von Bäumen – auch in Zusammenhang mit der Erweiterung des Spielplatzes – grundsätzlich vor. Dies jedoch nur in den im B-Plan gekennzeichneten Flächen und in dem genau festgelegten Umfang. Umgesetzt werden die Beschlüsse der Gemeindevertretung von der Verwaltung. Bürgermeister und Gemeindevertreter dürfen sich dabei nach dem sogenannten Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung zunächst einmal immer darauf verlassen, dass nicht mehr umgesetzt wird als das, was beschlossen wurde. Nach dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sind alle Verwaltungsmaßnahmen an Gesetz und Recht gebunden. Die Verwaltung führt die Gesetze aus und ist dabei in diesem Sinne gebunden.

Nachdem der Bürgermeister gemeinsam mit allen Fraktionen Sachverhaltsaufklärung betrieben hat, steht bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe des Sachsenwalders gleichwohl fest, dass nach bisherigem Ermittlungsstand trotz Anwesenheit von Kreis- und Amtsverwaltung, Forstkompetenz und Bauhof bei den Arbeiten im Februar 2021 mehr Bäume gefällt wurden, als im B-Plan vorgesehen waren. Unklar ist bislang noch, wie es dazu kommen konnte und welches Ausmaß die Baumfällungen ohne Rechtsgrundlage haben. Die diesbezüglichen Ermittlungen dauern an.

Fest steht aber schon jetzt, dass ein übermäßiges Fällen von Bäumen von niemandem – keinem Gemeindevertreter, keinem Mitarbeiter des Bauhofes und erst recht nicht von Bürgermeister Suhk – geplant oder beabsichtigt war. Die in diesem Zusammenhang gegenüber Gemeindevertretern und vor allem gegenüber dem Bürgermeister – man muss es so deutlich sagen – Beschimpfungen und Pöbeleien sind daher nicht nur ungerechtfertigt, sie sind auch ein Armutszeugnis für das Miteinander in unserer Gemeinde und helfen niemandem – insbesondere angesichts der unklaren Sachlage. Wir bitten um eine faire Debatte! Der Bereitschaft, sich in den Gremien unserer Gemeinde im Ehrenamt zu engagieren, ist es nicht zuträglich, wenn es zu derart unsachlichen persönlichen Anfeindungen kommt.

Wie geht es weiter? Man könnte den Schulwald wieder mit gesunden Bäumen aufforsten und dabei so ergänzen, dass er ein vielfältiges „grünes Klassenzimmer“ wird, das neben Wald auch hochstämmige Obstbäume, Beete, Blumenwiesen und mehr umfasst - und so auch den Insekten nützt. Mit einem Lehrpfad, der den Kindern die Natur etwas näherbringt. Ein „grünes Klassenzimmer“, das dann seinen Namen auch verdient hat. Ein schöner Auftrag für die Aumühler Gemeindevertreter.

Im Namen von:

Louisa Nigbur, Fraktionsvorsitzende FDP

Petra Michalski, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Andrea Nigbur, Fraktionsvorsitzende CDU und 2. stv. Bürgermeisterin